

Journal

für Konflikt- und Gewaltforschung
Journal of Conflict and Violence Research

Band 2 · Heft 2 · 2000 · S. 147-162

Gustav Lebhart
Rainer Münz

Einstellungen zu Ausländern und
zum Thema Migration in Deutsch-
land und Österreich

Opinions on Foreigners and Migration in Germany and Austria

Abstract

We compared a national representative sample of about 2,000 respondents in Austria with the data collected in the 1996 ALLBUS survey in order to analyze perceptions and knowledge of the size and background of the foreigner populations in eastern and western Germany and Austria with the aim of ascertaining the extent and possible causes of xenophobia and the distance shown toward foreigners in Germany and Austria.

The results indicate that acquaintance with and personal experience shape opinions about the size of the foreign population. The findings show that people in eastern and western Germany and in Austria support restrictive immigration policies, and in both countries xenophobic tendencies create strong potential for conflict in the context of migration.

Lizenz

Dieser Artikel wird vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld mit Genehmigung der Autorin/des Autors veröffentlicht. Er steht unter einer Creative-Commons-Attribution-No-Derivative-Works-Lizenz (CC-by-nd). Es gilt der Lizenztext unter <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/de/legalcode>.

Themenschwerpunkt „Europa von Rechts?“

Gustav Lebhart und Rainer Münz

Einstellungen zu Ausländern und zum Thema Migration in Deutschland und Österreich

1. Migration nach Europa

Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde Europa von einer Auswanderungsregion zu einem Kontinent, in dem Einwanderung überwiegt. Dies hat zuerst die Gesellschaften Nord- und Westeuropas, seit den 80er Jahren auch jene Südeuropas verändert. Durch Zuwanderung wurden sie ethnisch und religiös heterogener. Dies gilt insbesondere für städtische Agglomerationen. Seit den 90er Jahren ist eine ähnliche Entwicklung auch in einigen Ländern Ostmittel- und Osteuropas zu beobachten. Auch sie wurden zum Ziel von Migranten.

Trotz der schon in den 60er Jahren einsetzenden Zuwanderung waren Migration und Migrationspolitik in den EU-Ländern bis in die späten 80er Jahre keine Themen, die eine breitere Öffentlichkeit bewegten. Erst mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der neuen Reisefreiheit für die Bewohner der östlichen Hälfte Europas, aber auch durch die große Zahl von Kriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien wurden reguläre ausländische Migranten, Asylbewerber und Flüchtlinge zu einem zentralen Thema der europäischen Innenpolitik. Tatsächlich dürfte die beträchtliche Zuwanderung nach Europa in den späten 80er und frühen 90er Jahren nur eine von mehreren Ursachen für diese Kontroversen gewesen sein. Daneben geht es zweifellos auch um diffuses Unbehagen gegenüber Internationalisierung und Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, kollektive Ängste vor zukünftigen Völkerwanderungen, um Sorgen angesichts beschleunigter Modernisierungsprozesse und dem damit verbundenen potenziellen Verlust an Sicherheit, Arbeit und Einkommen.

Tatsächlich löste das Ende der politischen Spaltung Europas eine Wanderung von unerwarteter Größe aus. Allein zwischen 1989 und 1992 verließen mehr als vier Millionen Europäer ihre Heimatländer. Weitere drei Millionen verloren durch Krieg und ethnische Säuberungen vor allem in Bosnien-Herzegowina und in Kroatien ihre Heimat. Dies ist einer der Hauptgründe dafür, dass die Euphorie über das Ende des Kalten Krieges verflog, und die Vision eines Europas ohne Grenzen zumindest im Westen rasch verblasste. Bei vielen Westeuropäern

wuchs statt dessen rasch der Wunsch, die Grenzen wieder zu schließen. Rechtspopulistische Bewegungen und „Anti-Einwanderungsparteien“ erhielten in Europa neuen Zulauf.

In Deutschland hatte insbesondere die rechtsextreme Partei „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) in den 80er Jahren vom allgemeinen Aufschwung der rechten Parteien profitiert. Der Wahlkampf der NPD 1980 wurde unter der Parole „*Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen*“ geführt. In den 90er Jahren konnte die NPD insbesondere in den neuen Bundesländern ihren Stimmenanteil kräftig erhöhen. Auch die „Deutsche Volksunion“ (DVU) erzielte 1998 in Sachsen-Anhalt mit 12,9% einen deutlichen Stimmenzuwachs. Ähnlich wie bei der NPD weist die DVU einen aggressiven Nationalismus mit fremdenfeindlichen Elementen auf.

Durch die Zuwanderung nach Österreich zu Beginn der 90er Jahre wurde das Ausländerthema für die „Freiheitliche Partei Österreich“ (FPÖ) zum bevorzugten Politikfeld. Das Ausländervolksbegehren von 1993, unter dem Titel „*Österreich zuerst*“, war ein Versuch, Ethnozentrismus und Fremdenfeindlichkeit in Wählerstimmen umzusetzen.

In der Schweiz wurde Mitte der 90er Jahre die „Nationale Initiative Schweiz“ (NIS) gegründet. Diese Partei verlangt unter anderem eine sofortige Aufhebung der Antirassismus-Strafnorm, einen „*sofortigen Einwanderungs- und Einbürgerungsstopp*“ und eine „*Verringerung der (ausländischen) Überbevölkerung*“.

In Frankreich erlebte der „Front National“ (FN) bereits in den 80er Jahren einen beträchtlichen Aufschwung und zählt neben der FPÖ zu den erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien Europas. Der Aufstieg des FN liegt u. a. darin begründet, dass seit den 80ern ein gegen Zuwanderern gerichteter Diskurs stattfindet, wobei nationalistische und fremdenfeindliche Parolen mit sozialpolitischen Themen vermischt werden.

Auch in Belgien zeigte sich in den letzten Jahren zunehmend eine verstärkte Intoleranz gegenüber ausländischen Bevölkerungsgruppen, was von der rechtspopulistischen Partei „Vlaams Blok“ insbesondere zu Wahlkampfzeiten genutzt wird. Ihre Broschüren und Flugblätter konzentrieren sich auf fremdenfeindliche Schlagworte („*Einfall in das Land*“) und greifen in erster Linie Asylbewerber und Immigranten an.

Die geopolitische Lage der Länder Europas ist für die Einschätzung des internationalen Migrationsgeschehens ebenfalls von großer Bedeutung. In Ländern wie Frankreich, Belgien und – seit den späten 80er Jahren – auch Italien und Spanien geht es um Zuwanderung aus

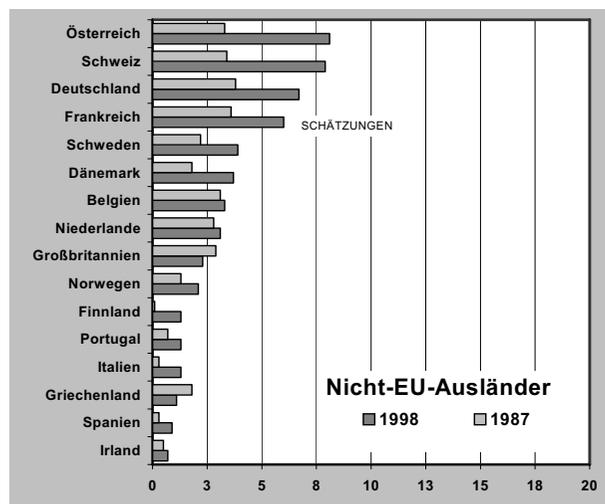
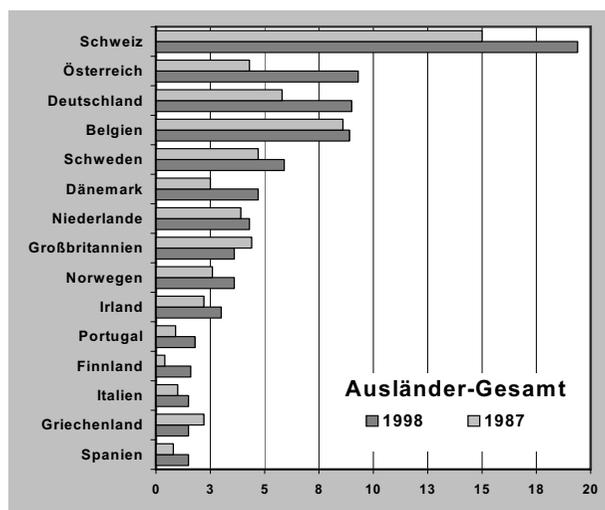
Nordafrika. In Deutschland, Österreich und Skandinavien gilt die Hauptsorge hingegen einer verstärkten Zuwanderung aus der östlichen Hälfte Europas. Geteilt werden diese Sorgen neuerdings auch von Ländern wie der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen. Die demographische Konsequenz dieser Entwicklung war und ist der in fast allen Staaten Europas gestiegene Anteil der ausländischen Bevölkerung (siehe Abb. 1).

Gegenwärtig leben in Westeuropa insgesamt 20 Millionen Ausländer, darunter zwei Drittel, die nicht aus einem anderen EU-/EWR-Staat (Drittstaaten) stammen. Andere sind zwar ausländischer Herkunft, wurden aber eingebürgert. Europa ist durch diese Zuwanderung ethnisch und sprachlich heterogener geworden. Im günstigsten Fall verläuft Zuwanderung als positiver Prozess, der sowohl den Gesellschaften der Zielländer als auch den Zuwanderern Vorteile bringt. Somit können sich unter Umständen positive Einstellungen gegenüber den „Fremden“ verstärken und mögliche Konfliktpotenziale entschärfen. Im ungünstigsten Fall wird Zuwanderung als Belastung für das soziale und kulturelle System angesehen und so zum Ausgangspunkt von Konflikten zwischen „Einheimischen“ und „Fremden“. Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus, Rechtsextremismus und Rassismus sind nur einige der damit verbundenen Manifestationen dieses Konflikts.

2. Zuwanderung nach Deutschland und Österreich – Realität und subjektive Wahrnehmung

Flucht und Vertreibung aus Ostmitteleuropa führten am Ende des Zweiten Weltkriegs und in den Jahren unmittelbar danach zur größten Zuwanderungswelle des 20. Jahrhunderts. Fast zwölf Millionen Vertriebene kamen in das besetzte Deutschland. Auch das wiedererrichtete Österreich nahm ca. 420.000 Vertriebene auf, bürgerte allerdings – im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland und zur DDR – die Mehrzahl von ihnen nicht sofort ein. Daher hatte Österreich zu Beginn der 50er Jahre ca. 320.000 ausländische bzw. staatenlose Einwohner. Der Ausländeranteil von 4,6% war damals einer der höchsten in Europa. Mit der Einbürgerung der Vertriebenen im Jahre 1953 sank die Ausländerzahl in Österreich unter 100.000 (Ausländeranteil 1961: 1,4%). In den 50er Jahren lag der Ausländeranteil in der BRD und der DDR ebenfalls auf einem sehr niedrigen Niveau. Mit den ersten Anwerbeabkommen von Arbeitsmigranten erhöhten sich jedoch Zahl und Anteil der Ausländer sowohl in Westdeutschland als auch in Österreich. Nach dem Rekrutierungsstopp 1973 (BRD) bzw. 1974 (Ö) kehrte ein Teil

Abbildung 1: Anteil der Ausländer (Gesamt und Nicht-EU-Ausländer) an der Wohnbevölkerung westeuropäischer Staaten 1987 und 1998 (Angaben in Prozent)



Anmerkung: keine empirischen Daten für Frankreich.
Quelle: Eurostat Migration Statistics 1999 und eigene Berechnungen.

der ausländischen Arbeitskräfte in die Herkunftsländer zurück. Durch den einsetzenden Familiennachzug blieb der Ausländeranteil in beiden Ländern gleichzeitig jedoch konstant.

Seit Ende der 80er Jahre stieg die Ausländerquote in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich wieder an und lag am Ende der 90er Jahre in beiden Staaten bei etwa 9% (siehe Abb. 1). In Deutschland erfolgte dieser Zuwachs fast ausschließlich in den alten Bundesländern. In Ostdeutschland dagegen lag der Ausländeranteil 1991 noch relativ deutlich unter 1%. Auch Ende der 90er Jahre lag der Ausländeranteil in den neuen Bundesländern mit knapp 2% erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Sowohl in Deutschland als auch in Österreich zeigen sich darüber hinaus regionale und siedlungsstrukturelle Unterschiede. In beiden Ländern lebt die ausländische Bevölkerung überwiegend in urbanen Agglomerationszentren.

Die Ergebnisse des ALLBUS¹ von 1996 sowie eine von uns 1998 in Österreich durchgeführte Befragung² bestätigen, dass den Befragten Zahl und Anteil der im Land lebenden Ausländer mehrheitlich nicht bekannt sind (Tab. 1). Doch es gibt einen erheblichen Unterschied: Während der Ausländeranteil in Westdeutschland von etwa 41% und in Ostdeutschland von einem Drittel (34%) der Befragten deutlich überschätzt wird, ist dies in Österreich kaum der Fall. Dort wird die Zahl der Ausländer in Österreich von fast der Hälfte (1998: 48%) der Befragten deutlich unterschätzt. Der Prozentsatz derer, die die Größe der Ausländerpopulation in Österreich überschätzen, beträgt hingegen nur 13%. Sowohl in Ost- und Westdeutschland (26% bzw. 24%) als auch in Österreich (23%) dürfte ein Viertel der Befragten über die ungefähre Größe der im Lande lebenden ausländischen Bevölkerung einigermaßen Bescheid wissen.

Nicht alle Befragten in Deutschland und Österreich sind im Alltag persönlich mit ausländischen Mitbürgern konfrontiert. Ein Drittel der Bevölkerung in Westdeutschland (30%) und rund ein Viertel der Befragten in Österreich (26%) geben an, in einem weitgehend „ausländerfreien“ Wohnumfeld zu leben. In Ostdeutschland sind rund zwei

¹ Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften des Mannheimer Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen. Analysiert wurden in der vorliegenden Untersuchung die Einstellung deutscher Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 75 Jahren (Westdeutschland: N = 2454; Ostdeutschland: N = 640).

² Die Studie beruht auf einer Repräsentativerhebung, die 1998 im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Verkehr durchgeführt wurde. Befragt wurde eine repräsentative Auswahl von 2.000 Österreichern im Alter zwischen 15 und 75 Jahren.

Drittel der Bevölkerung (71%) ohne ausländische Nachbarn. Etwa jede/r zweite Befragte in Westdeutschland (53%) und Österreich (55%) aber nur etwa ein Viertel der ostdeutschen Befragten (26%) gibt an, einige Ausländer im eigenen Wohnumfeld zu haben. Jede/r Sechste in Westdeutschland (17%) und Österreich (15%) und eine sehr kleine Minderheit der Befragten in Ostdeutschland (3%) lebt in einem Umfeld, in dem viele Ausländer wohnen oder die Ausländer sogar überwiegen.

Wie die Analyse zeigt, besteht zwischen dem Ausländeranteil in der eigenen Wohnumgebung und der Schätzung des landesweiten Ausländeranteils sowie der subjektiven Bewertung dieser Größe ein gewisser Zusammenhang (Tabelle 1). Von jenen, in deren Umfeld viele oder sehr viele Ausländer wohnen, überschätzt etwa die Hälfte in Ost- und Westdeutschland (52% bzw. 47%) die Zahl der in Deutschland lebenden Ausländer. In Österreich sind es dagegen nur 21%. Interessanterweise zeigt sich, dass in jenen Wohnumgebungen, wo einige oder gar keine Ausländer leben, nur eine Minderheit in Westdeutschland (7% bzw. 5%), aber die Hälfte der österreichischen Bevölkerung (51% bzw. 50%) den Ausländeranteil unterschätzt. Von jenen Befragten, in deren Wohnumgebung keine Ausländer leben, überschätzen den Ausländeranteil etwa vier von zehn Befragten in den alten (41%) und jeder Dritte (33%) in den neuen Bundesländern.

Ein systematischer Zusammenhang zwischen den regional unterschiedlichen Schätzungen der Zahl der Ausländer und dem Anteil der ausländischen Bevölkerung im jeweiligen Bundesland ist in beiden Ländern nicht erkennbar. Überschätzt wird die Zahl der Ausländer sowohl in Hamburg, dem Bundesland mit dem höchsten Ausländeranteil (1998: 18,2% der Wohnbevölkerung), von einem Drittel der Befragten (37%). Dies gilt jedoch auch für ein Drittel der Befragten in Thüringen (36%), dem Bundesland mit dem geringsten Ausländeranteil (1998: 1,1% der Wohnbevölkerung). Entsprechendes zeigt sich mit umgekehrten Vorzeichen in Österreich. Obwohl die Bundesländer Wien (1998: 17,6%), Vorarlberg (1998: 13,9%) und Salzburg (1998: 11,8%) einen dreimal so hohen Ausländeranteil haben wie die Bundesländer Burgenland, Kärnten und Steiermark (1998: 4 bis 5%), unterschätzen in allen Regionen vier bis sechs von zehn Befragten die Zahl der in Österreich lebenden Ausländer (Lebhart/Münz 1999a).

Die Überschätzung des Ausländeranteils in Deutschland hängt zum Teil mit der Diskussion um Ausländer und Zuwanderung in Politik und den Medien zusammen. Auch in Österreich steht die „Fehleinschätz-

ung“ in engem Zusammenhang mit den öffentlichen politischen Kontroversen rund um diese Thema. Doch anders als in Deutschland führt die „Unwissenheit“ der österreichischen Bevölkerung zu einer deutlichen Unterschätzung der Ausländerzahl. Doch ihre subjektive Einschätzung zur Zahl der Ausländer in Österreich ist eindeutig: Fast die Hälfte der österreichischen Bevölkerung (47%) ist der Auffassung, es gäbe bereits zu viele Ausländer in Österreich (Lebhart/Münz 1999a). Sowohl in Deutschland als auch in Österreich wird somit ein Mangel an objektiven Informationen deutlich. Zugleich gibt es Effekte der sozioökonomischen Lage der Befragten. Jene die die „drohende“ Konkurrenz zwischen In- und Ausländern auf dem Arbeitsmarkt und im Sozialbereich befürchten, sind vor allem ältere Arbeitnehmer und Personen unterer Bildungs- und Berufsschichten.

Entscheidend in dieser Thematik scheint aber Folgendes zu sein: Durch das Informationsdefizit kann (rechtspopulistische) Politik manipulativ mit der Ausländerfrage umgehen. Gleichzeitig bestehen Bedrohungsängste, die sich relativ unabhängig von der empirischen Realität bilden. An beiden Punkten muss eine vorausschauende Migrationspolitik ansetzen.

3. Zuwanderungspräferenzen

Angesichts der starken Zunahme der ausländischen Bevölkerung seit Mitte der 80er Jahre (1985 bis 1998: Deutschland +64%; Österreich +144%) ist die Frage nach der Begrenzung der Zuwanderung in beiden Staaten fester Bestandteil öffentlicher Diskussionen und Gegenstand heftiger innenpolitischer Kontroversen. Zugleich unternahmen beide Länder seit den frühen 90er Jahren deutliche Schritte in Richtung einer Beschränkung von Asyl und Zuwanderung und einer strengeren Auswahl zukünftiger Zuwanderer.

Mit Blick auf das Spektrum, die Eigenschaften und die Herkunft zukünftiger Migranten lässt sich sagen, wie der Zuzug von Asylsuchenden, von EU-Bürgern und von Personen aus den Nicht-EU-Ländern in beiden Ländern nach Ansicht der Befragten zukünftig geregelt werden sollte. Die Ergebnisse zeigen, dass nur ein Fünftel der deutschen Bevölkerung (Westdeutschland: 21%; Ostdeutschland: 21%) und ein Zehntel der Österreicher (10%) die Meinung vertritt, dass der Zuzug für Asylsuchende ganz unterbunden werden sollte. Viel stärker zeigt sich die Ablehnung beim Zuzug aus Drittstaaten, wo etwa ein Drittel der Westdeutschen (32%) und Viertel der österreichischen Bevölkerung (25%) für einen Zuwanderungsstopp eintreten. In den neuen Bundes-

Tabelle 1: Wissen über die Ausländerzahl nach Ausländeranteil in der eigenen Wohnumgebung

		Ausländer in der eigenen Wohnumgebung									insgesamt		
		überwiegend bzw. viele Ausländer			einige Ausländer			keine Ausländer					
		WD	OD	Ö	WD	OD	Ö	WD	OD	Ö	W D	OD	Ö
		in % der Befragten											
Ausländerzahl und -anteil	unterschätzt	5	-	34	7	-	51	5	-	50	6	-	48
	realistisch	19	13	31	26	25	23	22	27	20	24	26	23
	überschätzt	47	52	21	39	36	10	41	33	13	41	34	13
	weiß nicht	30	36	14	28	39	16	32	40	17	29	40	16
	zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
in %		17	3	15	53	26	55	30	71	26	100	100	100

Anmerkung: Alle Prozentangaben enthalten Gewichtungsvariablen, die die Disproportionalität der Stichproben in den Bundesländern ausgleicht. Skala für Österreich (Ö): unterschätzt: bis 500.000; realistisch 600.000 bis 900.000; überschätzt: 1 Million und mehr. Skala für Westdeutschland (WD): unterschätzt 1 bis 5%; realistisch 6 bis 10%; überschätzt: 11% und mehr. Skala für Ostdeutschland (OD): realistisch: 1 bis 5%; überschätzt: 6% und mehr. Die Tabelle weist für Österreich jene Personen nicht aus, von denen für eine der beiden Fragen keine Angaben vorliegen. Aufgrund der Gewichtung sind Rundungsdifferenzen möglich. Quelle: ALLBUS 1996 eigene Berechnungen; eigene Erhebung 1998 für Österreich.

ländern dagegen lehnt jede/r Zweite (49%) einen Zuzug aus dem Nicht-EU-Raum kategorisch ab. Bemerkenswert ist zudem, dass sechs von zehn Befragten in Deutschland und Österreich eine Begrenzung des Zuzugs sowohl aus dem EU-Raum (WD: 55%; OD: 51%; Ö: 59%), als auch für Asylsuchende (WD: 66%; OD: 67%; Ö: 65%) und für Personen aus Drittstaaten (WD: 60%; OD: 47%; Ö: 65%) fordern. Zugleich akzeptiert nur ein Drittel der Westdeutschen (33%), ein Viertel (26%) der österreichischen Bevölkerung und nur jede/r zehnte Ostdeutsche (11%) die Freizügigkeit für Bürger anderer EU-Staaten.

Obwohl es im Prinzip für alle Bürger der Europäischen Union Niederlassungsfreiheit und einen freien Zugang zum Arbeitsmarkt gibt, plädiert ein beträchtlicher Teil der deutschen und österreichischen Bevölkerung für eine Zuwanderungsbegrenzung auch für Personen aus dem EU-Raum. Am stärksten ist der Wunsch nach einem Zuwanderungsstopp für EU-Bürger (38%) und Drittstaaten (49%) in Ostdeutschland. Die Ergebnisse belegen, dass in beiden Ländern mit zunehmendem Alter der Befragten der Anteil derer abnimmt, die ein Niederlassungsrecht für EU-Bürger befürworten. Unterschiede lassen sich ebenfalls nach beruflicher Tätigkeit, Einkommenssituation, Schulbildung und regionaler Herkunft erkennen. Mit höherer Berufsposition, besserer Schulbildung und höherem Pro-Kopf-Einkommen zeigt sich auch eine höhere Akzeptanz gegenüber einer Freizügigkeit für EU-Bürger.

Tabelle 2: Einstellungen zum zukünftigen Migrationspektrum

	Uneingeschränkt			Zuzug begrenzen			unterbinden		
	WD	OD	Ö	WD	OD	Ö	WD	OD	Ö
	in % der Befragten								
EU-Bürger	33	11	26	55	51	59	12	38	8
Nicht-EU-Bürger	9	4	5	60	47	65	32	49	25
Asylsuchende	13	12	21	66	67	65	21	21	10

Anmerkung: Rest auf 100% für Österreich: keine Angaben oder weiß nicht. Quelle: ALLBUS 1996 eigene Berechnungen; eigene Erhebung 1998 für Österreich.

Skepsis gegenüber Ausländern und zukünftigen Immigranten oder deren Ablehnung sind in der Regel mit Identitätsfragen verbunden. Das führt zu Abgrenzungsversuchen. Zugleich scheint das Schlagwort „Zuwanderung“ bei vielen die Befürchtung auszulösen, die eigene Kultur und somit einen Teil der eigenen Identität zu verlieren. Aber Ausländer und potenzielle Zuwanderer werden auch als Konkurrenten um Arbeitsplätze angesehen. Restriktive Asyl- und Zuwanderungsgesetze, verschärfte arbeitsmarktrechtliche Bestimmungen sowie fehlende Integrationskonzepte erzeugen überdies ein Klima, das Integration erschwert und ausländische Zuwanderer als Gruppe erscheinen lässt, die auch einem Teil der staatlichen Institutionen als „gefährlich“ oder besonders „kontrollbedürftig“ erscheint.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass Zuwanderung nach Deutschland und Österreich nach wie vor ein politisches Konfliktfeld darstellt. Dieses Konfliktfeld ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts jedoch vor dem Hintergrund neuer Entwicklungen zu sehen: Es geht nicht mehr bloß um Abschottung, sondern verstärkt um die Organisation zukünftiger Zuwanderung im nationalen Eigeninteresse der Zielländer – eine Wende, die auch mit der Alterung und Schrumpfung der einheimischen Bevölkerungen zu tun hat. Heftig diskutiert wird ferner jene zukünftige Einwanderung, die sich möglicherweise durch die Öffnung der Grenzen der Europäischen Union gegenüber den ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten ergibt.

4. Determinanten der Fremdenfeindlichkeit

Manifeste fremdenfeindliche Gewalt mit mehr oder weniger eindeutigem rechtsextremen Hintergrund verstellt leicht den Blick auf die subtilen Formen alltäglicher Ausgrenzung und Diskriminierung gegenüber „Fremden“. Sie lässt uns freilich auch übersehen, dass es in beiden Ländern eine Tradition der Hilfsbereitschaft insbesondere gegenüber Flüchtlingen gibt. Charakteristisch für die Gegenwart ist somit ein widersprüchliches Bild.

Auf der Grundlage von zustimmenden oder ablehnenden Antworten auf vier vorgegebene Forderungen¹ können negative Einstellungen

¹ (a) „Die in Deutschland (Österreich) lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil besser an den der Deutschen (Österreicher) anpassen“, (b) „Die in Deutschland (Österreich) lebenden Ausländer sollten nach Hause geschickt werden, wenn Arbeitsplätze knapp werden“, (c) „Den in Deutschland (Österreich) lebenden Ausländern sollte jede politische Betätigung untersagt werden“ und (d) „Die in Deutschland (Österreich) lebenden Ausländer sollten unter sich heiraten (bzw. für Österreich: ... ihren Ehepartner unter ih-

ren eigenen Landsleuten suchen)“. Nähere Erläuterungen bei Alba/Johnson 2000).

und Tendenzen der Ausländerablehnung untersucht werden. Drei dieser vier „Ausländerfragen“ zielen auf Forderungen, deren diskriminierender Inhalt offensichtlich ist. Mit Ausnahme der Forderung nach „mehr Lebensstilanpassung“ beinhalten sie die klare Forderung nach Einschränkungen in den Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten, der politischen Beteiligung und öffentlichen Meinungsäußerung sowie der Partnerwahl und des eigenen Familienlebens. Als Rechtfertigung dient jeweils die fremde Staatsbürgerschaft. Dies kann auch als Diskriminierung durch ethnische Grenzziehungen² interpretiert werden. Obwohl angenommen werden kann, dass räumliche und soziale Mobilität die Bedeutung traditionelle Identitäten³ tendenziell verringern, bedeutet dies keineswegs mehr Offenheit für Neues. Angst vor „fremder Kultur“ ist eng mit dem drohenden Bedeutungsverlust traditioneller Milieus und sozialer Gruppen verbunden. Ausländer werden teils über ihre Staatsbürgerschaft, teils durch ihre „fremde Kultur“ definiert. Abgrenzung dient aber auch der Identitätsbildung und der Stabilisierung von „Wir-Gruppen“. Die eigenen Wertvorstellungen, Denk- und Verhaltensmuster werden zum Maßstab gemacht, an dem sich das Verhalten von Fremden messen lassen muss. Zugleich ermöglicht dies den „Einheimischen“ die Distanzierung von den „Fremden“.

Die Mehrheit der deutschen und österreichischen Bevölkerung ist der Auffassung, dass sich der Lebensstil zwischen den Einheimischen und den im Land lebenden Ausländern deutlich unterscheidet (Böltkén 2000; Lebhart/Münz 1999b). Die Forderung nach einer Anpassung des Lebensstils der Ausländer hängt bis zu einem gewissen Grad von der jeweiligen Einschätzung der Differenz zwischen In- und Ausländern ab. Je stärker der Lebensstil der Ausländer als „andersartig“ empfunden wird, desto eher wird die Aufgabe dieses Lebensstils und damit wohl auch der ethnischen und kulturellen Eigenart gefordert. Im Wesentlichen erwartet die befragte einheimische Bevölkerung von den ansässigen Ausländern eine Anpassung an den dortigen „Lebensstil“. Waren im Jahr 1996 nach der ALLBUS-Umfrage in der Bundesrepublik

ren eigenen Landsleuten suchen“). Nähere Erläuterungen bei Alba/Johnson 2000).

² Mit ethnischer Differenzierung sind Formen der Grenzziehung und Distanzierung gemeint, die im Kern auf Selbst- und/oder Fremdzuschreibungen kollektiver Zugehörigkeiten und Eigenschaften beruhen (vgl. Banton 1997; Esser 1996; Ganter 1995).

³ Traditionelle Identitäten sind u. a. gekennzeichnet durch soziokulturelle Gemeinsamkeiten von Gruppen, deren Mitglieder ein spezifisches soziales und kulturelles Erbe teilen, das von Generation zu Generation weitergegeben wird (vgl. Esser 1988).

Deutschland sechs von zehn Deutschen (WD: 58%; OD: 61%) dieser Auffassung, so zeigen die Ergebnisse für Österreich, dass drei Viertel der Befragten (77%) von den in Österreich lebenden Ausländern eine Anpassung ihres Lebensstils fordern. Während sich in den alten und neuen Bundesländern knapp ein Viertel (24% bzw. 25%) gegen eine Assimilation von Zuwanderern ausspricht, wird diese Position in Österreich nur von einer kleinen Minderheit (9%) geteilt.

Vergleicht man die Einstellungen zu der Forderung: „Ausländer sollen nach Hause geschickt werden, wenn die Arbeitsplätze knapp werden“, so zeigt sich: Vier von zehn der Befragten in Ostdeutschland (40%) und in Österreich (44%) vertreten die Meinung, dass Ausländer wieder nach Hause geschickt werden sollten, wenn im Inland die Arbeitsplätze knapp werden. In Westdeutschland spricht sich dagegen nur jede/r Vierte (24%) dafür aus, und mehr als die Hälfte (57%) lehnt diese Arbeitsmarktpolitik für Ausländer ab. Die hohe Zustimmung ist in Österreich – trotz im internationalen Vergleich niedriger Arbeitslosenraten – zum Teil auf die öffentliche Thematisierung von Arbeitslosigkeit zurückzuführen, während in Ostdeutschland durch steigende Arbeitslosigkeit die ausländischen Arbeitnehmer und zukünftige Zuwanderer stärker als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt betrachtet werden. Ein wesentliches Kriterium bei der Beurteilung dieser Einstellung scheint aber insbesondere die subjektiv wahrgenommene Interessenkonstellation der Befragten zu sein. Und diese subjektiven Wahrnehmungen beruhen zum Teil auf falschen Vorstellungen, etwa der weit verbreiteten Auffassung, man könne den Arbeitsmarkt durch Ausweisung von Ausländern nachhaltig entlasten. Hier stellt sich natürlich die Frage, wie solche Meinungen zustande kommen. Es kann angenommen werden, dass sie weniger auf detaillierter Kenntnis empirischer Zusammenhänge, sondern auf leicht verfügbaren „Informationen“ aus zweiter Hand beruhen (Esser/Ganter 1998).

Politische und soziale Rechte sind zentrale Strukturmerkmale demokratischer Systeme. Sicherer Aufenthaltsstatus, politisches Mitspracherecht sowie soziale und rechtliche Gleichstellung kann nur durch den Erwerb der Staatsbürgerschaft gewährleistet werden. Von Einfluss auf die weitere Entwicklung der politischen und sozialen Rechte von Ausländern ist zweifellos das Meinungsklima zu dieser Frage. Die Ergebnisse belegen, dass in Österreich vier von zehn Befragten (42%) der Forderung zustimmen, ansässigen Ausländern jede politische Betätigung zu untersagen. Nur jede/r dritte Befragte (35%) ist ausdrücklich gegen ein solches Verbot. In Deutschland lässt sich dagegen ein etwas

aufgeschlosseneres Einstellungsmuster erkennen: Nur etwa ein Drittel der Deutschen (WD: 35%, OD: 37%) ist dafür, Ausländer von jeglicher politischen Partizipation auszuschließen. Fast die Hälfte der befragten Deutschen (46%) ist gegen ein solches Verbot. Auch wenn daraus keine direkt integrationsrelevanten Schlüsse zu ziehen sind, dokumentieren die vorliegenden Ergebnisse relevante Einstellungen zur politischen Gleichstellung bzw. Ungleichbehandlung von ausländischen Mitbürgern.

Neben beruflichen und freiwilligen Kontakten sind vor allem Partnerschaften und Eheschließungen zwischen Einheimischen und Ausländern ein Indiz für eine gelungene gesellschaftliche Integration. Die Ergebnisse belegen, dass nicht alle für eine solche Integration sind. Jede/r Fünfte in Westdeutschland (18%), jede/r vierte Befragte in Österreich (24%), aber fast jede/r Dritte (28%) in den neuen Bundesländern ist gegen bi-nationale Ehen. In Westdeutschland ist das Meinungsklima in dieser Frage liberaler, denn gemischt-nationale Ehen in den alten Bundesländern finden eine höhere Zustimmung (70%) als in Ostdeutschland (56%) oder Österreich (47%).

Tabelle 3: Ausländerablehnungsskala

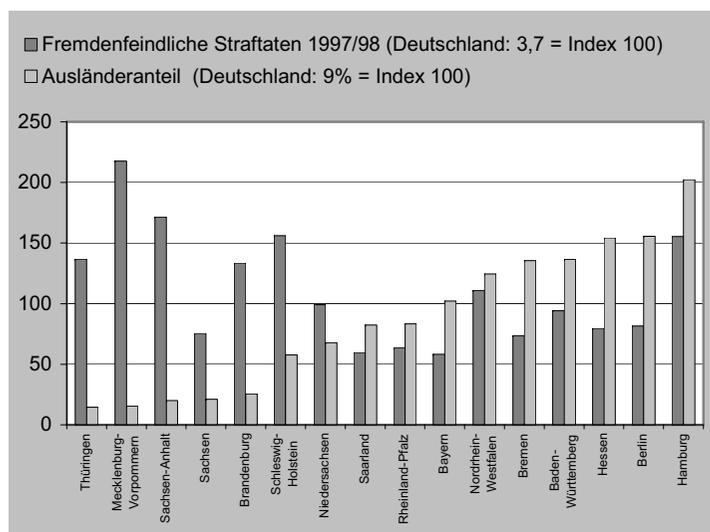
	Zustimmung			Neutral			Ablehnung		
	WD	OD	Ö	WD	OD	Ö	WD	OD	Ö
	in % der Befragten								
Lebensstilanpassung der Ausländer	58	61	77	18	17	14	24	25	9
Ausländer heim, bei knapper Arbeit	24	40	44	19	21	22	57	41	33
Keine politische Betätigung für Ausländer	35	37	42	18	19	22	48	44	35
Ausländer sollen unter sich heiraten	18	28	24	13	16	28	70	56	47

Quelle: ALLBUS 1996 eigene Berechnungen; eigene Erhebung 1998 für Österreich.

Fasst man die Ergebnisse dieser Forderungen zusammen, dann ergibt sich eine Verteilung, die als Resultat der Überlagerung unterschiedlicher, teils sogar widersprüchlicher Einstellungsmuster verstanden werden kann. Wir dürfen dabei eines voraussetzen: Gerade die Aussicht

auf eine mögliche erfolgreiche Integration der Migranten vermag Abwehr auszulösen und Konkurrenzängste beim weniger erfolgreichen Teil der Bevölkerung hervorzurufen. Auch dies erklärt bei manchen den Wunsch nach Diskriminierung einer als unfair oder bedrohlich empfundenen Konkurrenz. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass es sich bei der Entstehung von Fremdenfeindlichkeit nicht nur um Vorurteile, sondern auch um den Ausdruck gesellschaftspolitischer Interessenkonflikte handelt (Holzer/Lebhart/Münz 1999).

Abbildung 2: Ausländeranteil und fremdenfeindliche Straftaten 1997/98 in Deutschland nach Bundesländern



Anmerkung: Fremdenfeindliche Straftaten bezogen auf 100.000 inländische Personen. Quelle: Statistisches Bundesamt und Bundesministerium des Innern; eigene Berechnungen.

In Zeiten erhöhter Arbeitslosigkeit geht es neben Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auch um einen drohenden oder imaginierten Identitätsverlust. Dabei spielen Gefühle der Benachteiligung durch den Staat sowie in die Wahrnehmung fehlender Problemlösungskapazität von Politik eine Rolle. Neben eindeutig politisch motivierten Urteilen spielen sicherlich Proteste gegen fremde Konkurrenz eine wichtige Rolle. Schließlich geht es aber auch um die Möglichkeit, eigene Identität

durch Abgrenzung von den Fremden zu bestimmen. Und diese Suche nach der eigenen Identität kann zu einem Spektrum vielschichtiger fremdenfeindlicher Tendenzen führen. Die Orientierungskrise und Verunsicherung haben letztlich zur Folge, dass die Angst vor dem „Fremden“ insbesondere in nahezu „ausländerfreien“ Regionen wächst und das Potenzial der Gewaltbereitschaft gegenüber der ausländischen Bevölkerung und gegenüber Zuwanderern insgesamt zunimmt. Das lässt sich anhand von Deutschland besonders gut zeigen (Abb. 2).

5. Ausblick

In den meisten EU-Staaten ließ sich Anfang bis Ende der 1990er Jahre ein Anstieg von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit beobachten. Die Opfer waren und sind Ausländer und ethnische Minderheiten. Fremdenfeindliche Tendenzen betreffen gegenwärtig nicht nur Gesellschaften, die seit Jahrzehnten mit Migration vertraut sind, sondern auch Länder, die erst seit Beginn der 90er Jahre mit Migration konfrontiert sind. Die letzten Jahre zeigten, dass Migration aus Ost- und Osteuropa sowie aus Nordafrika und der Türkei nicht völlig zu verhindern ist. Zum Teil beruht diese Migration auf humanitären Erwägungen, zum Teil auf unseren Grundwerten. Dies gilt für Asyl und Familiennachzug.

Trotz Globalisierung und zunehmender europäischer Integration steht Migration seit Jahren im Zentrum der politischen Diskussion. Dabei wird das Ausländerthema im politischen Diskurs mit nationalen Interessenkonflikten und Bedrohungsszenarien in Verbindung gebracht. Diese doppelbödigen Botschaften aus dem rhetorischen Arsenal der rechtsorientierten Politik, die sich im politischen Diskurs der westlichen Demokratien eine unangreifbare Oberfläche geben und im Subtext an eine rechtsextreme Anhängerschaft gerichtet sind, streichen scheinbar Selbstverständliches heraus und implizieren damit, dass es eben auch ganz anders sein könnte. Zu Recht wird das in Demokratien als Drohung verstanden.

In Zukunft wird es aus demographischen Gründen wieder eine Nachfrage nach qualifizierten Arbeitsmigranten geben. Europas Staaten werden dann sowohl untereinander als auch mit den USA in Konkurrenz um attraktive Migranten treten. Fremdenfeindlichkeit und Ausländerablehnung wird dann zu einem gravierenden Standortnachteil. Denn jene, die wir in Zukunft anwerben wollen, werden sich aussuchen können, wo sie hingehen. Und sie werden dorthin migrieren, wo sie willkommen sind.

Literatur

- Alba, Richard/Johnson, Michelle (2000): Zur Messung aktueller Einstellungsmuster gegenüber Ausländern in Deutschland, in: Richard Alba u. a. (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Blickpunkt Gesellschaft 5. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 229–253.
- Banton, Michael (1997): Ethnic and Racial Consciousness. 2nd ed. London: Longman.
- Böltken, Ferdinand (2000): Soziale Distanz und räumliche Nähe – Einstellungen und Erfahrungen im alltäglichen Zusammenleben von Ausländern und Deutschen im Wohngebiet, in: Richard Alba u. a. (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Blickpunkt Gesellschaft 5. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 147–194.
- Esser, Hartmut (1988): Ethnische Differenzierung und moderne Gesellschaft. Zeitschrift für Soziologie 17, S. 235–248.
- Esser, Hartmut (1996): Ethnische Konflikte als Auseinandersetzung um den Wert von kulturellem Kapital, in: Wilhelm Heitmeyer/Rainer Dollase (Hrsg.): Die bedrängte Toleranz. Ethnisch-kulturelle Konflikte, religiöse Differenzen und die Gefahren polarisierter Gewalt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 64–99.
- Esser, Hartmut/Ganter Stephan (1998): Ursachen und Formen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales.
- Ganter, Stephan (1995): Ethnizität und ethnische Konflikte. Konzepte und theoretische Ansätze für eine vergleichende Analyse. Freiburg: Arnold-Bergstraesser-Institut.
- Holzer, Werner/Lebhart, Gustav/Münz, Rainer (1999): Migrationspolitische Spannungsfelder in Österreich. Demographische Informationen 1997/1999. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften, S. 39–56.
- Lebhart, Gustav/Münz, Rainer (1999a): Migration und Fremdenfeindlichkeit: Fakten, Meinungen und Einstellungen zu internationaler Migration, ausländischer Bevölkerung und staatlicher Ausländerpolitik in Österreich. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Lebhart, Gustav/Münz, Rainer (1999b): Die Österreicher und ihre Fremden, in: Heinz Fassmann/Helga Matuschek/Elisabeth Menasse (Hrsg.): Abgrenzen-Ausgrenzen-Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration, Publikationsreihe des Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr, Abteilung Gesellschaftswissenschaften, Band 1. Klagenfurt: Drava-Verlag, S. 15–32.

Die Autoren:

Prof. Dr. Rainer Münz, Dr. Gustav Lebhart, Humboldt-Universität Berlin, Bevölkerungswissenschaft, Institut für Sozialwissenschaften, Unter den Linden 6, D-10099 Berlin

**Journal für Konflikt- und Gewaltforschung (JKG), 2. Jg.,
Heft 2/2000
Journal of Conflict and Violence Research, Vol. 2, 2/2000**

Herausgeber:

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (Vorstand: Günter Albrecht, Otto Backes, Rainer Dollase, Wilhelm Heitmeyer, Kurt Salentin, N.N.)

Wissenschaftlicher Beirat:

Jens Dangschat (Wien); Manuel Eisner (Zürich); Hartmut Esser (Mannheim); Friedrich Heckmann (Bamberg); Hans-Gerd Jaschke (Berlin); Wolfgang Kühnel (Berlin); Alf Lüdtke (Erfurt/Göttingen); Amélie Mummendey (Jena); Gertrud Nunner-Winkler (München); Karl F. Schumann (Bremen); Helmut Thome (Halle); Michael Vester (Hannover); Peter Waldmann (Augsburg)

Redaktion:

Heiner Bielefeldt; Wilhelm Heitmeyer; Kurt Salentin; Johannes Vossen (verantwortlich); Stefanie Würtz

Koordination und Gestaltung:

Johannes Vossen

Cover:

Doris Voss, Audiovisuelles Zentrum der Universität Bielefeld

Gesamtherstellung:

Druckerei Hans Kock, Bielefeld

Anschrift der Redaktion:

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Universitätsstr. 25, 33615 Bielefeld, Tel.: 0521/106-3163/3165; Fax: 0521/106-6415, E-Mail: ikg@uni-bielefeld.de

Erscheinungsweise:

Zweimal jährlich (15. April und 15. Oktober)

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement DM 30,- (ermäßigt für Studierende und Erwerbslose: DM 20,-), Einzelhefte DM 20,- (ermäßigt: DM 10,-). Schriftliche Bestellungen bitte an die Redaktionsanschrift oder an den Buchhandel.

ISSN 1438-9444

Themenschwerpunkt „Europa von Rechts?“

Gustav Lebhart und Rainer Münz

Einstellungen zu Ausländern und zum Thema Migration in Deutschland und Österreich

147

Berndt Ostendorf

Rechter Antiamerikanismus: kulturalistische Ausdeutungen der Globalisierungsangst

163

Charles Westin

Neo-Nazism in a Welfare State: The Example of Sweden

185

Aufsätze

Heike Herrmann

Sozialraum Quartier. Konfliktfelder und Perspektiven in Großstadtreionen

207

Manfred Neuhöfer

Ökonomischer Wandel versus kulturelle Identität. Anmerkungen zum Erfordernis kultureller und ökonomischer Anpassungsleistungen von Migranten in postindustriellen Gesellschaften

224

Summaries

242

Forschungsnetzwerk „Ethnisch-kulturelle Konflikte, Rechtsextremismus und Gewalt“ – Projektvorstellungen

Christian Babka von Gostomski, Joachim Brüß, Renate Möller und Gisela Wiebke

Wechselseitige Wahrnehmung, Integration und Interaktion Jugendlicher unterschiedlicher Herkunft

245

Heiner Bielefeldt und Wilhelm Heitmeyer

Konflikte um religiöse Symbole. Moscheebau und Muezzinruf in deutschen Städten

250